



Nationale Friedens-Jirga Afghanistans

Gemeinsame Erklärung der Nationalen Friedens-Jirga Afghanistans und der Kooperation für den Frieden (Deutschland)

Frieden in Afghanistan ist möglich, aber nicht durch die Fortführung des Krieges und die ständige Eskalation der Kampfhandlungen. Nicht nur die USA beabsichtigen ihre Truppen massiv zu verstärken. Seit dem 1. Juli 2008 ist die erste deutsche Kampftruppe in Führungsverantwortung in Afghanistan im Einsatz. Im Herbst soll die Zahl der deutschen Soldaten um mindestens weitere 1000 aufgestockt werden. Als nächster Schritt ist bereits der Einsatz von AWACS-Aufklärungsflugzeugen mit deutschen Soldaten an Bord in Afghanistan geplant. Der asymmetrische Krieg würde weiter intensiviert und die Eskalation der Gewalt – für die alle Seiten verantwortlich sind – verstärkt werden. Das ist, als werfe man ein Streichholz in ein Fass mit Benzin.

Diese Eskalation scheint kaum noch aufzuhalten zu sein. Deutschland droht nach sieben Jahren militärischen Afghanistan-Engagements immer tiefer in den Strudel des Krieges zu geraten. Die Zahl der afghanischen Opfer, darunter vor allem Zivilisten, Frauen und Kinder, steigt beständig. Mittlerweile sterben Monat für Monat in Afghanistan auch mehr ausländische Soldaten als im Irak. Wann auch deutsche Soldaten in höherem Maße Blutzoll zahlen müssen, scheint nur noch eine Frage der Zeit.

In dieser für Deutschland und Afghanistan dramatischen Situation treten die Nationale Friedens-Jirga Afghanistans und die deutsche Kooperation für den Frieden gemeinsam für eine friedliche Lösung des Afghanistankonflikts ein. Die Nationale Friedens-Jirga aus Stammesvertretern, Intellektuellen und Politikern repräsentiert die breite, kriegsmüde Bevölkerungsmehrheit vor allem aus dem Süden und Osten Afghanistans. Die Kooperation für den Frieden ist der Zusammenschluss von 50 Friedensorganisationen und -initiativen in Deutschland.

Gemeinsam appellieren wir an die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Islamischen Republik Afghanistan, an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und des afghanischen Parlamentes, der Wolesi Jirga, sowie an die Zivilgesellschaften Deutschlands und Afghanistans, alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um eine weitere Eskalation des Krieges zu stoppen und einen Friedensprozess in Afghanistan einzuleiten.

Oberstes Prinzip unseres Herangehens ist dabei der Respekt vor dem Selbstbestimmungsrecht der Völker. Niemand hat bisher wirklich auf die Meinung der Bevölkerung Afghanistans Wert gelegt, ihre Problemen und Bedürfnisse werden nicht berücksichtigt. Momentan sind die Afghaninnen und Afghanen Gefangene der Militärmächte und der Taliban. Strategisch wichtige Entscheidungen fallen heute immer noch in Washington, Islamabad, Brüssel oder Berlin. Wo bleibt da das Recht des



Kooperation für den Frieden

Mitwirkende:

Aachener Friedenspreis e.V.
Aktiongemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)
Aktiongemeinschaft Friedenswoche Minden
Bildungs- und Begegnungsstätte für
gewaltfreie Aktion KURVE Wustrow
Bremer Aktion für Kinder (BAKI)
Bund demokratischer WissenschaftlerInnen (BdWi)
Bund für Soziale Verteidigung (BSV)
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)
Christen für gerechte Wirtschaftsordnung (CGW)
Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienst-
gegnerInnen (DFG-VK)
EUCommunity
Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung von
Kriegsdienstverweigerern (EAK)
Evangelisch-methodistische Kirche in Deutschland – Fri-
densausschüsse
Frauen in Schwarz Hamburg
Frauen in Schwarz Köln
Frauennetzwerk für den Frieden e.V.
Friedensbündnis Hannover
Friedensforum Münster
Friedensgruppe Altenholz
Friedensinitiative Nottuln e.V.
Friedensinitiative Würselen
Friedensrat Müllheim
Forum Ziviler Friedensdienst
(forumZFD)
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW),
Hauptvorstand
Infostelle für Friedensarbeit, Meckenheim
IALANA (International Association of Lawyers against
Nuclear Arms)
IFIAS (Institute for International Assistance and Solidarity)
IPPNW, Deutsche Sektion der internationalen Ärzte zur
Verhütung des Atomkrieges / Ärzte in sozialer Verant-
wortung
Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit
Internationaler Versöhnungsbund – deutscher Zweig
Komitee für Grundrechte und Demokratie
Koordinierungsausschuss der Friedensbewegung in der
Region Ingolstadt
Lebenshaus Schwäbische Alb
Leserinitiative Publik e.V.
Menschen für den Frieden, Anti-Kriegsbündnis Düsseldorf
Mönchengladbacher Friedensforum
NaturwissenschaftlerInnen-Initiative "Verantwortung für
Frieden und Zukunftsfähigkeit"
Netzwerk Friedenskooperative
Netzwerk Friedenssteuer
Ökumenisches Friedensnetz
Düsseldorfer Christinnen und Christen
Ökumenisches Zentrum für Umwelt-, Friedens- und Eine-
Welt-Arbeit, Berlin
Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PPF)
pax christi – Deutsche Sektion
Rhöner Friedenswerkstatt im UNESCO Biosphärenreservat,
Künzell
Sichelschmiede, Werkstatt für Friedensarbeit in der Kyritz-
Ruppiner Heide
Ver.di-Jugend
Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden

afghanischen Volkes auf Souveränität und Unabhängigkeit? Das Verlangen nach Verhandlungen ist in der afghanischen Bevölkerung noch nie so groß gewesen wie heute, dieses muss genutzt werden. Das wäre praktizierte Demokratie!

Die Nationale Friedens-Jirga Afghanistans und die Kooperation für den Frieden fordern daher die Bundesregierung auf:

1. keine weiteren Kampfhandlungen auf dem Territorium Afghanistans durchzuführen und die Einsätze der Tornado-Staffeln abbrechen. Diese Einsätze kosteten bisher schon Millionen von Euro und sie trugen mit dazu bei, dass allein im Juli 2500 Zivilisten, die meisten davon Frauen und Kinder, ums Leben kamen. Die Zahl der in Afghanistan stationierten Bundeswehrsoldaten darf nicht erhöht werden, sondern es muss eine konkrete Planung mit festen Daten für einen raschen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan vorgelegt werden.

2. durch eigene Schritte, eventuell gemeinsam mit anderen europäischen Regierungen, islamischen und blockfreien Ländern, in Gesprächen mit den unterschiedlichen Gruppierungen der afghanischen Opposition einschließlich der Taliban und mit der afghanischen Regierung eine neue Tür für Verhandlungen öffnen und einen Verhandlungsprozess nach Kräften zu fördern. Deutschland genießt noch immer bei vielen Afghanen ein historisch gewachsenes hohes Ansehen, das auch die derzeitigen Konfliktparteien respektieren. Nur durch eine militärische Deeskalation einschließlich eines Truppenabzugs kann die Bundesregierung die von der Nationalen Friedens-Jirga Afghanistans und der Kooperation für den Frieden gemeinsam gewünschte Rolle eines „ehrlichen Maklers“ zwischen den Konfliktparteien in Afghanistan spielen.

3. zivile Hilfe je nach Bedarf bis zu dem Betrag aufzustocken, der durch den Abzug der Truppen frei wird. Das sind etwa 500 Millionen Euro jährlich. Diese Mittel sind für Entwicklungsprojekte in Afghanistan einzusetzen, die von Orten und Regionen des Landes gemeinsam für wichtig und nützlich gehalten werden und tatsächlich die Lebensbedingungen der Menschen vornehmlich auf dem Lande verbessern. Dezentralität, Nachhaltigkeit und Kleinteiligkeit der Entwicklungsprojekte haben für uns oberste Priorität. Die Entwicklungs- und Aufbauprojekte müssen gerecht auf Städte und Provinzen aufgeteilt werden. Vor allem die Regionen im Süden Afghanistans haben in den letzten Jahren nur wenig oder sogar keine Hilfe erhalten.

4. durch eigene diplomatische Schritte, eventuell gemeinsam mit anderen europäischen Regierungen, islamischen und blockfreien Ländern die Perspektive einer internationalen Konferenz Afghanistans und seiner Nachbarstaaten (Pakistan, Iran, Usbekistan, Tadschikistan u.a.) zu eröffnen, um die Souveränität Afghanistans wiederherzustellen und einen Weg zu Frieden und Sicherheit in der Region zu ebnen. Vor allem Staaten wie Indien, China, Russland, USA, die europäischen Länder sowie die Islamische Konferenz und blockfreie Länder müssen als Beobachter und Garantemächte an einer solchen Konferenz teilnehmen, um künftige Interventionen auszuschließen.

Unabdingbare Bedingung für erfolgreiche Verhandlungen ist die Festlegung konkreter Daten, an denen der Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan beginnt und endet. Nur so kann auch im Lande eine eigenständige Struktur geschaffen werden. Die Bekanntgabe fester Abzugsdaten würde in der afghanischen Bevölkerung Vertrauen wecken und somit auch zum Frieden beitragen.

Die Nationale Friedens-Jirga Afghanistans und die Kooperation für den Frieden fordern die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, die Mandate für den Bundeswehreininsatz in Afghanistan nicht zu verlängern, sondern stattdessen im Bundestag eine ernsthafte Debatte über Wege zu führen, Afghanistan in seinem Friedensprozess wirkungsvoll zu helfen.

Die Nationale Friedens-Jirga Afghanistans und die Kooperation für den Frieden bitten die deutsche Zivilgesellschaft, die Organisationen, Gruppen und Initiativen der Friedensbewegung, der sozialen Bewegungen und die Nicht-Regierungsorganisationen, in Deutschland eine breite Diskussion über diese Alternative in Gang zu setzen und Aktionen zu entfalten.

Die Nationale Friedens-Jirga Afghanistans und die Kooperation für den Frieden fordern die Regierung Afghanistans auf:

1. die Korruption entschieden zu bekämpfen, die außer Kontrolle geraten ist und die ärmeren Bevölkerungsschicht an der Wahrnehmung ihrer Rechte hindert.

2. die Kriegsverbrecher vor ein (internationales) Gericht zu stellen. Gegenwärtig leben viele Kriegsverbrecher in Afghanistan in Freiheit und genießen großen Einfluss auch bei ausländischen Botschaften und internationalen Organisationen.

3. entschieden gegen den Drogenanbau und Drogenhandel vorzugehen, in den gegenwärtig auch Regierungskreise verwickelt sind. Mit der internationalen Gemeinschaft und den internationalen Hilfsorganisationen sind Alternativprojekte für die afghanischen Bauern zu entwickeln.

4. den demokratischen Staatsaufbau Afghanistans zu entwickeln. Dazu gehören auch von Parlament und Justiz kontrollierte Sicherheitskräfte, die die Einhaltung der Gesetze – auch durch die Regierung – gewährleisten.

5. die Einheit des afghanischen Volkes zu fördern. Gegenwärtig ist bei den afghanischen Volksgruppen (Pashtunen, Usbeken, Tadschiken, Hazara u.a.) das verbindende Bewusstsein, Afghanen zu sein, noch gering entwickelt.